



MAGAZINE



ReArm Europe



BRÜSSEL KONFERENZ 2026

Die neue europäische Realität in Zeiten globaler Unsicherheit

EUROPA UND DER KRIEG

Die neue europäische Realität in Zeiten globaler Unsicherheit

PSYCHISCHE GESUNDHEIT IN KRIEGSGEBIETEN

Ein Gespräch mit der Psychologin Eleanor Hitchman vom IKRK

VON HERAUSFORDERUNGEN ZU KONKRETEM HANDELN

Festlegung künftiger Prioritäten für Arbeitnehmerorganisationen in Beitrittsstaaten

EZA NEWS

Zwei neue Mitglieder aus Nordmazedonien

AUSGABE 01/2026

Liebe Freund:innen, liebe Leser:innen,

Anfang März fand die Brüsseler Konferenz von EZA zum Thema ‚Soziale Gerechtigkeit in einem sich wieder aufrüstenden Europa‘ statt, von der ein starkes Signal ausging. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich ein Netzwerk von Arbeitnehmerorganisationen an dieser Debatte beteiligt, aber wir halten es für unsere Verantwortung, über diese Frage nachzudenken.

In einer äußerst instabilen Welt geht Sicherheit alle an. Aufrüstung kann man nicht losgelöst vom allgemeinen Umfeld betrachten, in dem Dialog, Vereinbarungen und Diplomatie ihre Rolle spielen müssen. Dies gilt umso mehr, als dass Europa ein Friedensprojekt bleibt. Außerdem darf die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit nicht zulasten des Sozialschutzes gehen. Militärische Stärke ist notwendig, reicht aber für einen dauerhaften Frieden nicht aus, auf den der soziale Frieden auch einzahlt.

In einer Zeit, in der sich eine neue Weltordnung abzeichnet, weicht Solidarität den Eigeninteressen von Diktatoren und – auf der anderen Seite des Atlantiks – von Autokraten, Kleptokraten und Technokraten, die die Demokratie aushebeln möchten, internationale Regeln missachten und uns darüber hinaus mitteilen, dass sich Europa im Niedergang befindet.

Es besteht kein Grund, dies unbemerkt und unbewusst geschehen und uns Komplexe einreden zu lassen und es als neue Normalität zu bezeichnen. Wir müssen ohne Defätismus an unserem europäischen, wertebasierten Weg festhalten – in der Überzeugung, dass unser Wohlstand, Wohlergehen und Sozialschutz deutlich besser sind als andernorts. Wir fühlen uns in dieser verwirrenden Welt voller Unwägbarkeiten voll beteiligt und haben dennoch den Eindruck, keinen Einfluss darauf zu haben.

Ich möchte an die Worte von Franklin Delano Roosevelt erinnern: „Wir dürfen uns vor nichts fürchten, außer der Angst selbst.“ Ein amerikanischer Präsident, der noch an die Demokratie glaubte. Wir müssen daher ohne Zögern handeln. Es ist zum Beispiel wichtig, die Kaufkraft zu beobachten, vor allem angesichts der neuerlichen Energiekrise. Dies basiert auf der Erkenntnis, dass die Globalisierung nicht allen gleichermaßen nutzt.

Das Gleiche gilt für unseren Umgang mit den dramatischen Umwälzungen in der Arbeitswelt, die unter anderem durch künstliche Intelligenz ausgelöst werden. Wird es künftig noch klassische Arbeitsplätze geben oder wird es nur noch um die Erfüllung von Aufgaben und Aufträgen sowie um Prozesse gehen? Auf die Frage, wie viele Mitarbeitende sein Unternehmen beschäftigt, antwortete ein Großunternehmen: ein Viertel Menschen, dreiviertel Roboter.

Für ältere Arbeitnehmende, die in einer anderen Zeit ausgebildet wurden und länger arbeiten müssen, damit die Renten leistbar bleiben, brauchen wir geeignete Formen des Übergangs, der Weiterbildung und Umschulung. Für die jüngere Generation stellt sich trotz guter Ausbildung die Frage, wie und ob sie Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und was dies für ihr seelisches Wohlbefinden bedeutet. Davon abgesehen, wissen wir, dass bei ihrer Einstellung bereits unkontrolliert KI zum Einsatz kommt. Die generationenübergreifende Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen am Arbeitsplatz ist sicher notwendig. Generell muss KI rechtlich eingeehrt werden, damit die Arbeit der Zukunft menschlich bleibt.

Die Osterzeit lässt mich denken, dass wir uns trotz aller Sorgen und Probleme auch weiterhin von der Aussicht auf Auferstehung und Hoffnung leiten lassen müssen.

Luc Van den Brande – EZA-Präsident



INHALT

—

4

BRÜSSEL KONFERENZ 2026:
Soziale Gerechtigkeit in einem sich wieder aufrüstenden Europa

7

EUROPA UND DER KRIEG:
Die neue europäische Realität in Zeiten globaler Unsicherheit

12

PSYCHISCHE GESUNDHEIT IN KRIEGSGEBIETEN:
Ein Gespräch mit der Psychologin Eleanor Hitchman vom IKRK

15

VON HERAUSFORDERUNGEN ZU KONKRETEM HANDELN:
Festlegung künftiger Prioritäten für Arbeitnehmerorganisationen in Beitrittsstaaten

16

EZA NEWS:
Zwei neue Mitglieder aus Nordmazedonien

17

IMPRESSUM

SOZIALE GERECHTIGKEIT IN EINEM SICH WIEDER AUFRÜSTENDEN EUROPA

Während die EU unter Hochdruck wiederaufrüstet, trafen sich bei der Brüsseler EZA-Konferenz 2026 Teilnehmende aus 21 Ländern, um die sozialen Folgen dieser Kehrtwende im Sicherheitskurs zu erörtern.



VON LINKS NACH RECHTS: JOVITA PRETZSCH, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER LITAUISCHEN GEWERKSCHAFT SOLIDARUMAS; LUCIE STUDNIČNÁ, VORSITZENDE DER GRUPPE II (ARBEITNEHMER:INNEN) DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES (EWSA); ROLF BRO WEBER, POLITISCHER BERATER BEI WOW; BJØRN VAN HEUSDEN, GESCHÄFTSFÜHRER DER WORLD ORGANIZATION OF WORKERS (WOW) FÜR EUROPA

TEXT: Sergio de la Parra, Sigrid Schraml
FOTOS: Katrin Brüggem

Es mag verlockend sein, die aktuellen internationalen Verwerfungen der Persönlichkeit des einen oder anderen Staats- oder Regierungschefs zuzuschreiben. Auch wenn sie in ihrem Impulsreferat diesen Einfluss nicht leugnete, argumentierte die französische Journalistin und stellvertretende Chefredakteurin der „Le Monde Diplomatique“, Anne-Cécile Robertin, dass die aktuelle – von neuerlichen

geopolitischen Auseinandersetzungen und zahlreichen bewaffneten Konflikten geprägte – Lage vielmehr das Ergebnis einer Reihe historischer Zyklen sei, die nun wohl zu Ende gehen. Dadurch fühle sich die Europäische Union zunehmend bedroht, und die Verteidigungspolitik sei deshalb in den letzten Jahren unter den politischen Prioritäten der EU ganz nach vorn gerückt.

Sicherheit über die militärische Dimension hinaus

Durch die Verschlechterung des internationalen Umfelds steht das Thema Sicherheit auf der europäischen Agenda wieder ganz oben – einschließlich der Notwendigkeit für die EU, eine glaubwürdige und wirksame militärische Abschreckung zu haben. „Die Welt da draußen ist hart“, sagte der französische General Christophe Gomar, der derzeit den stellvertretenden Vorsitz im Verteidigungsausschuss des Europäischen Parlaments innehat. Seiner Meinung nach ist die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit die Garantie der EU für Frieden und eine notwendige Voraussetzung, damit sie ihre übergeordneten Ziele und Werte verwirklichen kann. Gleichzeitig zeigten Wortmeldungen während der gesamten Konferenz, wie wichtig es ist, diese Entwicklungen in den Kontext des langjährigen Wirkens der EU für Frieden und der von christlichen Arbeiterbewegungen vertretenen Werte, wie soziale Gerechtigkeit, zu stellen.

Mehrere Referent:innen erklärten, dass das Völkerrecht und multilaterale Rahmen, vor allem die Vereinten Nationen, als zentrale Bezugspunkte für das europäische Handeln wichtig bleiben. Gleichzeitig wurden die Grenzen des derzeitigen internationalen Systems eingeräumt und die Notwendigkeit gesehen, es an die veränderte geopolitische Lage anzupassen. Die Teilnehmenden wiesen darauf hin, dass Aufrüstungsprozesse in der Regel Gegenreaktionen auslösen, da Maßnahmen eines Akteurs von anderen oft als Bedrohung wahrgenommen werden – eine Dynamik, die gemeinhin als Sicherheitsdilemma bezeichnet wird. Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Mitgliedstaaten wurden Bedenken bezüglich der potenziellen Folgen steigender Militäraufwendungen für andere Bereiche öffentlicher Ausgaben geäußert, insbesondere solche, die der Konfliktprävention dienen, wie die Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie. Gleichzeitig wurde auf die Bedeutung dieser Politikbereiche für die Förderung von Stabilität und Frieden hingewiesen. Ein Hinweis auf

das ILO-Motto – si vis pacem, cole justitiam – veranschaulichte in diesem Zusammenhang das umfassendere Sicherheitsverständnis, das den Diskussionen zugrunde lag. Die gesamte Diskussion spiegelte die gemeinsame Erkenntnis wider, dass rein militärische Fähigkeiten die heutigen Sicherheitsprobleme nicht vollständig lösen können und sie nur Teil eines breiteren Instrumentariums sind, zu dem auch die Diplomatie, Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit gehören.

Konsequenzen der höheren Verteidigungsausgaben

Zu den offensichtlichsten Aspekten der Wiederaufrüstungspolitik der EU gehört der Anstieg der Verteidigungsausgaben. Weltweit erreichen die Militärausgaben derzeit einen historischen Höchststand und Europa ist bei diesem Trend führend: Seit 2014 und der Besetzung und anschließenden Annexion der Krim durch Russland sind die Ausgaben deutlich gestiegen. Die Kernfrage ist nicht die Legitimität dieser Aufstockung – auch wenn man argumentieren könnte, dass die Herausforderung für die europäische Verteidigung nicht primär eine Frage der finanziellen Mittel ist. Vielmehr geht es darum, die Folgen und Entscheidungen, die eine solche Politik bedeutet, transparent zu machen. „Wenn Europa sich für die Aufrüstung entscheidet, müssen wir ehrlich über die damit verbundenen Auswirkungen sprechen“, so EZA-Präsident Luc Van den Brande. Der erste Aspekt ist die Finanzierung. EU-Mitgliedstaaten mit finanziellem Spielraum – insbesondere Deutschland – neigen zur Kreditaufnahme. Für andere ist eine schnelle Erhöhung der Militärausgaben, wie wir sie derzeit erleben, kaum möglich, ohne andere wichtige öffentliche Ausgabenbereiche zu belasten, wie Sozialschutz, Gesundheitswesen und Bildung. In der Praxis bedeutet dies selten unmittelbare Einschnitte in den Sozialsystemen, sondern vielmehr eine allmähliche Einschränkung ihrer Entwicklung, da Haushaltsmittel zunehmend in die Finanzierung von Verteidigungsprioritäten umgelenkt werden.



RUND 100 TEILNEHMENDE AUS 21 LÄNDERN VERFOLGEN AUFMERKSAM DEN VORTRAG VON ANNE-CÉCILE ROBERT, STELLVERTRETENDE CHEFREDAKTEURIN VON „LE MONDE DIPLOMATIQUE“

DIE STÄRKUNG DER INDUSTRIELLEN SOUVERÄNITÄT IM VERTEIDIGUNGSSEKTOR ERFORDERT DAHER EINE LANGFRISTIGE KOORDINIERUNG, EINEN UNVERRÜCKBAREN POLITISCHEN WILLEN UND VOR ALLEM MEHR VERTRAUEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN.

Eine zweite Frage ist, inwiefern sich Verteidigungsausgaben positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Es soll nicht geleugnet werden, dass es solche Effekte geben mag (außer wenn die höheren Mittel größtenteils für Rüstungsimporte aufgewendet werden). Dr. Nan Tian, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Stockholm International Peace Research Institute forscht, betonte jedoch, dass Verteidigungsausgaben im Vergleich zu anderen Arten staatlicher Investitionen wie Infrastruktur, Bildung oder Sozialleistungen tendenziell viel geringeren Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben – was man als ‚Fiskalmultiplikator‘ bezeichnet. Die meisten bisherigen Studien beschäftigen sich mit den Vereinigten Staaten und der Fall Europas wurde weniger untersucht. Neuere Schätzungen lassen jedoch vermuten, dass in Ländern wie Deutschland jeder zusätzliche Euro, der in die Verteidigung fließt, bestenfalls 50 Cent an zusätzlicher Wirtschaftsleistung generiert, möglicherweise sogar keine. Dies lässt sich nach Ansicht von Dennis Radtke, EVP-Koordinator im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments, nicht leugnen. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage könne die EU jedoch nicht anders, als der europäischen Verteidigung endlich Priorität einzuräumen.

Abschließend ist zu sagen, dass beträchtliche Ineffizienz die Mittelzuteilung für die Verteidigung weiterhin beeinträchtigt. In Deutschland liegt beispielsweise die begrenzte Wirksamkeit der Militärausgaben an der aktuellen Struktur des Verteidigungssektors: Die Produktionskapazitäten sind bereits nahezu voll ausgelastet und bei den Beschaffungsverfahren schränkt mangelnde Transparenz den Wettbewerb ein. Unter solchen Bedingungen führen zusätzliche staatliche Aufwendungen eher zu steigenden Preisen und höheren Gewinnen für die Unternehmen als zu einer deutlichen Ausweitung der Produktion.

Das Omnibus-Paket zur Verteidigungsbereitschaft und die europäische Industriebasis

Neben EU-Initiativen, die höhere nationale Verteidigungsausgaben fördern oder erleichtern sollen, ist auch die Industriepolitik ein wichtiges Instrument der EU, um ihre Agenda in Sachen Verteidigung voranzubringen. Maßnahmen wie die Finanzierung von Forschung und Entwicklung, beschleunigte

Genehmigungsverfahren, die Förderung gemeinsamer Beschaffungsverfahren und die Erleichterung des innergemeinschaftlichen Verkehrs von Rüstungsgütern sind Kernelemente des Omnibus-Vereinfachungspakets zur Verteidigungsbereitschaft, das derzeit im Europäischen Parlament und Rat erörtert wird. Das Gespräch mit Paraskevi Papantoniou, Referatsleiterin bei der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (DEFIS) der Europäischen Kommission, und Isabelle Barthès, stellvertretende Generalsekretärin von IndustriAll, verdeutlichte, dass derzeit ein Ungleichgewicht zwischen der wachsenden Verfügbarkeit öffentlicher Mittel für die Rüstungsindustrie und dem resultierenden Nutzen für die Gesellschaft und die Beschäftigten in diesem Sektor herrscht, das wieder ausgeglichen werden muss. Dies wirft beispielsweise Fragen hinsichtlich einer möglichen Besteuerung von Übergewinnen in diesem Sektor sowie einer stärkeren Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlich finanziert Aufträge an Rüstungsunternehmen (soziale Konditionalität) auf. Es wurde auch deutlich, dass die Vereinfachung von Verfahren und der Abbau regulatorischer Hemmnisse für Unternehmen allein nicht ausreichen werden, um die strukturellen Defizite der europäischen Industriebasis zu beheben. Dazu zählen die Fragmentierung in nationale Märkte, mangelnde Investitionen, Mehrfachkapazitäten und das Fehlen vollintegrierter europäischer Lieferketten. Die Stärkung der industriellen Souveränität im Verteidigungssektor erfordert daher eine langfristige Koordinierung, einen unverrückbaren politischen Willen und vor allem mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten.

Fortsetzung folgt...

Die Konferenz hat gezeigt, dass der neu eingeschlagene Sicherheitskurs der EU komplexe und weitreichende Fragen aufwirft. Für Gewerkschaften und christliche Arbeitnehmerorganisationen geht es nicht darum, die neue geopolitische Realität zu leugnen, die sich verändert hat, „ob es uns passt oder nicht“ – wie EZA-Ko-Präsident Piergiorgio Sciacqua feststellte. Vielmehr müssen sie sich kritisch und konstruktiv damit auseinandersetzen – und die politischen Entscheidungsträger auffordern, Sorge zu tragen, dass die Sicherheitspolitik der EU in einer umfassenderen Strategie verankert bleibt, in der Frieden und die Achtung des Völkerrechts Leitprinzipien sind, so paradox es auch klingen mag. Ein solcher Ansatz erfordert eine Sicherheitspolitik, die den Menschen wirklich in den Mittelpunkt stellt und sich nach innen wie nach außen auch künftig unermüdlich für die Solidarität und Menschenwürde einsetzt.

EUROPA UND DER KRIEG

Die neue europäische Realität in Zeiten globaler Unsicherheit

800 Milliarden Euro für Waffen und Ausrüstung, die mit zusätzlichen Schulden finanziert werden, so klingt kurz zusammengefasst der „Readiness 2030“-Plan der EU-Kommission. Denn an den Außengrenzen der EU herrscht Krieg. Nicht zuletzt für die Unterstützung der Ukraine benötigt die EU Geld. Doch ist diese zunehmende Aufrüstung maßvoll? Und welche Folgen hat das wachsende Sicherheitsbedürfnis auf das soziale Gefüge innerhalb der EU? Ein Blick auf die Rüstungsindustrie, Gewerkschaftsarbeit im Kriegsgebiet und auf eine Initiative für den Frieden.



TEXT: Ralph Würschinger
FOTOS: Ralph Würschinger, freepik

Brüssel. Yuriy Kurylo wirkt müde. Schwere Lider verdecken einen Teil seiner grünen Augen, dunkle Ringe zeichnen sich darunter ab. Im Kontrast dazu ist sein Anzug frisch gebügelt, das Polohemd strahlt in sattem Violett. Der Präsident von VOST "VOLYA", einer christlichen Gewerkschaft und EZA-Mitglied aus der Ukraine, nimmt an der diesjährigen EZA Brüssel-Konferenz teil. Er wird herzlich begrüßt, erwidert mit einem Lächeln, erzählt freimütig von der aktuellen Lage in seinem Land. Was dort militärisch passiert, kennen viele aus den Nachrichten. Doch Yuriy Kurylo gibt Einblick in die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaft seit Kriegsbeginn arbeitet. Er erklärt, dass das Parlament aufgrund des Krieges ein Gesetz verabschiedet hat, durch das seitdem Rechte und Freiheiten von Arbeiter:innen, wie z.B. das Streikrecht und das Recht auf Arbeit eingeschränkt sind. Konkrete Änderungen betreffen u.a. die Wochenarbeitszeit, die auf bis zu 60 Stunden angehoben werden darf, Kündigungen bedürfen keiner Zustimmung durch Gewerkschaften, Tarifverhandlungen sind teilweise ausgesetzt, öffentliche Feiertage abgeschafft. Natürlich ist der Gewerkschafter nicht glücklich damit, er akzeptiere aber die Notwendigkeit solcher Maßnahmen und hofft auf ein rasches Ende des Krieges, um Richtung Normalität zurückzukehren. Noch zeichnet sich das aber nicht ab. Die Angriffe Russlands stellen nicht nur im Osten des Landes ein Lebensrisiko dar, sie haben Infrastruktur und Energieversorgung im ganzen Land zerstört und schränken Kommunikationswege erheblich ein. Yuriy Kurylo und seine Kolleg:innen versuchen trotz der Bedingungen ihr Bestes, Mitglieder zu unterstützen: „Wo es möglich ist, führen wir Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeber:innen und schließen Tarifverträge ab. Wo der Abschluss eines entsprechenden Vertrags nicht möglich ist, versuchen wir, mit dem Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin über die Gestaltung einigermaßen angemessener Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Denn beispielsweise in den besetzten Gebieten oder in Gebieten, in denen aktive Kampfhandlungen herrschen, ist das unmöglich.“

Kontinuierlicher Stress

Im Westen der Ukraine in Lwiw hat VOST ganz konkret beim Bau einer Schutzunterkunft mitgeholfen. Lyudmyla Vysotska und ihre Kindergartenkinder begeben sich dort-

hin, wann immer der Alarm losgeht. „Erst gestern flog eine Drohne über die Stadt“, sagt das Gewerkschaftsmitglied von VOST. War es anfangs oftmals zweimal pro Woche, gibt es aktuell (Stand März 2026) alle paar Wochen einen Alarm. Sie geht dann mit den Kindern in den Garten, wo sich der Eingang zu einem unterirdischen Bunker befindet. „Es bedeutet viel Stress für die Kinder und gefährdet ihre Gesundheit, weil aufgrund von Stromausfällen Heizungen nicht immer funktionieren und es kalt werden kann“, sagt die 57-jährige.

Sie selbst lenkt sich von dem Schrecken ab, indem sie an Wochenenden mit anderen zeichnet oder kleine Wollspielzeuge bastelt. Zwei Cousins sind seit Ausbruch des Krieges an der Front, ihre Nichte kümmert sich als Ärztin um die Soldaten. Für Lyudmyla wäre es leicht gewesen, die Ukraine zu verlassen. Sie besitzt Land in Polen. Stattdessen nimmt sie die Angst und den Stress in Kauf, um zu helfen. Sie fertigt in ihrer Freizeit Hilfsmittel für Soldat:innen an – wie Kerzen und Taschen – und empfindet ihre Tätigkeit als Kindergärtnerin in Kriegszeiten als besonders sinnstiftend: „Wenn die Ehemänner an der Front sind, ist es für Mütter anstrengender, ihre Kinder großzuziehen. Wir versuchen ihnen etwas abzunehmen und voll für die Kinder da zu sein.“ VOST hat dazu beigetragen, die Löhne für Kindergärtner:innen wie Lyudmyla anzuheben. Löhne, die z.T. dank EU-Hilfen weitergezahlt werden können. Neben finanzieller benötigt die Ukraine militärische Unterstützung, um den Krieg zu gewinnen. Yuriy Kurylo von VOST "VOLYA" glaubt an einen Sieg. Dafür müsse Europa unbedingt weiter aufrüsten, meint er. Es gehe schließlich um „die Wahrung der zivilisatorischen Werte Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte.“

Das Narrativ des Wirtschaftsbooms

Fakt ist: Die Verteidigungsausgaben steigen rasant an. Seit 2020 sind die Investitionen der EU-Staaten laut Schätzung des Europäischen Rats von 234 Mrd. auf 381 Mrd. Euro im Jahr 2025 gestiegen (Anstieg 62,8 %). Deutschland und Frankreich geben so viel aus, wie die übrigen Mitgliedsstaaten zusammen.

Welchen Druck das für Arbeitnehmer:innen bedeutet, erfahren Sie im Interview mit Psychologin Eleanor Hitchman vom Internationalen Roten Kreuz in der Ukraine. Sie berichtet u.a. darüber, wie sie Arbeiter:innen unterstützt, deren Familienmitglieder als vermisst gemeldet sind.

Rüstungskonzerne wie Rheinmetall in Deutschland und Leonardo in Italien sollen sogar durch ihre prall gefüllten Auftragsbücher ein Konjunkturtreiber für die krisengeplagte europäische Wirtschaft sein. Rüstung, so die Meinung der Branchenvertreter:innen, garantiere nicht nur Stärke durch Abschreckung, sondern sei auch ein Garant für Wachstum. Investmentbanken, wie Goldman-Sachs, rechnen aufgrund der höheren Rüstungsproduktion mit einem Anstieg des BIP in der Eurozone um 1,3 %. Insbesondere Deutschland attestiert die Investmentbank hohe Gewinne und eine Chance, den Rücklauf der Automobilexporte zu kompensieren. Expert:innen der Banque Nationale de Paris (BNP) halten Spanien und Italien für Länder, die gesamtwirtschaftlich die größten Potenziale bei einer verstärkten Aufrüstung hätten.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen ein differenzierteres Bild. „Aufrüstung wird Arbeitsplätze schaffen, aber nicht so viele, wie angepriesen wurde“, sagt Nan Tian, Programmleiter Militärische Ausgaben und Rüstungsproduktion am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Der promovierte Ökonom hat in einem Paper von Ende 2025 untersucht, wie sich Rüstungsinvestitionen auf viele verschiedene Faktoren auswirken, darunter Sicherheit, menschenwürdige Arbeit, Bildung und Wirtschaftswachstum. Bei dem Paper von Nan Tian handelt es sich um eine Metastudie, für die

Erkenntnisse aus 50 Jahren Forschung einfließen. Sein Ergebnis: „Es würde mehr Arbeitsplätze schaffen, wenn das Geld in andere nicht dem Verteidigungssektor zugehörige Bereiche fließen würde.“ Um das zu untermauern, führt er den Fiskalmultiplikator an. Dieser stellt staatliche Ausgaben und BIP-Wachstum in ein Verhältnis. Zwar sorgen steigende Verteidigungsausgaben für steigende Löhne in der Rüstungsindustrie. Dadurch wirkt sich dieser Sektor positiv auf das BIP aus. Allerdings sorgen Ausgaben in anderen Bereichen – Bildung, Infrastruktur oder Gesundheit – für einen deutlich höheren Anstieg des BIP. „Wenn man einen Panzer baut, steht er im Lager, bis es Krieg gibt. Wenn man beispielsweise Munition herstellt, dann ist der Zweck dieser Munition ja, zerstört zu werden“, verdeutlicht der Ökonom. „Wenn man denselben Euro in die Gesundheits- und Bildungsversorgung investiert, ist die Rendite weitaus höher, denn gesündere Menschen können länger arbeiten und so mehr Einnahmen für die Wirtschaft generieren.“

Beispielsweise erwirtschaften, gemessen am Fiskalmultiplikator, Programme zur Armutsbekämpfung das Zwei- bis Vierfache der Investition. Solche Programme schützen Europa natürlich nicht vor kriegerischen Aggressoren von außen. Der Multiplikator verdeutlicht aber, dass ökonomische Gründe zumindest nicht für eine Aufrüstung sprechen.



ÖKONOM NAN TIAN UNTERSUCHT DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN RÜSTUNGS- UND SOZIALAUSGABEN

Das Argument, dass Rüstungsindustrie zusätzliche Arbeitsplätze schaffe oder – wie im Fall von Deutschland – den Stellenabbau in der Automobilbranche abfedert, ist für Nan Tian nicht haltbar. Denn die Rüstungsproduktion sei hochgradig automatisiert, der Wechsel von Fachkräften in diese Branche aufgrund der hohen Spezialisierung nicht ohne weiteres möglich. Der Friedensforscher erkennt durchaus an, dass es ein Militär brauche, um Sicherheit für Europa zu gewährleisten. Er plädiert aber dafür, den Begriff Sicherheit deutlich weiter zu fassen als nur durch zahlenmäßige militärische oder technologische Wehrfähigkeit. Denn diese allein schaffe keine Sicherheit, sondern gefährde sie sogar.

Sorge um den Sozialstaat

Beim sog. Human-centered approach geht es darum, den Menschen ins Zentrum von Überlegungen zu rücken. Auch beim Thema Sicherheit, so Tian: „Die Menschen brauchen nicht nur das Gefühl, vor einer Invasion sicher zu sein – sei es von außen oder, sagen wir mal, durch Rebellengruppen oder Aufständische im eigenen Land. Sie brauchen Nahrung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeitsplätze. Und das gilt natürlich nicht nur für die heutige Generation, sondern auch für künftige Generationen.“ Diesen Ansatz hat die UN bereits 1994 etabliert. Er wurde von den Mitgliedsstaaten in die Agenda für Sustainable Development Goals (SDG) 2015 aufgenommen. Eines dieser Ziele lautet Frieden. Ein anderes Gesundheit, die Bekämpfung von Hunger oder auch Infrastruktur. Nan Tian hat in seiner Studie herausgefunden, dass Aufrüstung diesen Zielen entgegensteht. Denn während Militärausgaben zunehmen, verringern sich Investitionen, die den SDG zugutekommen. Im Ende 2025 vorgelegten SDG-Report sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache: Nur 35 Prozent der Ziele liegen im Zeitplan, die Hälfte schreitet zu langsam voran, 18 Prozent machen sogar Rückschritte. Die bis 2030 vorgenommenen Sustainable Development Goals werden nicht erreicht werden.

Ein Grund dafür ist, dass „Länder anfangen, mehr nach innen zu schauen, auf sich und was sie für ihr Land tun können und weniger, wie sie Solidarität mit anderen Ländern zeigen“, meint Nan Tian. Er hält den Schritt für kurzfristig. „Wenn man Ländern bei ihrer Entwicklung helfen kann, kann das zu mehr Sicherheit führen, denn dann nimmt die Bereitschaft ab, einen Aufstand zu beginnen, zu kämpfen oder gar über illegale Migration nachzudenken, was auch den Geberländern zugutekommen würde.“ Bei all der Diskussion um Aufrüstung wünscht er sich wissenschaftlich unterfütterte Argumentationen von Seiten der Politik und nimmt dabei besonders Gewerkschaften in die Pflicht, genauer hinzusehen: „Gewerkschaften und ihre Mitglieder können sagen: Wir fordern diese wissenschaftlichen Fakten. Wir



MATTEO BRACCIALI VON ACLI FÜRCHTET EINE WERTEVERSCHIEBUNG DER EU

fordern Untersuchungen, und wir fordern einen Entscheidungsprozess, der auf fundierten Informationen beruht.“

Ein neues Europa

Die christliche Arbeitervereinigung und EZA-Mitglied ACLI aus Italien positioniert sich klar gegen die Aufrüstung, wie sie aktuell in der EU stattfindet. Allerdings mit differenzierter Erklärung: „Das Problem sind nicht Investitionen in das Militär an sich. Das Problem ist die Investitionssumme und wie wir sie ausgeben“, sagt Matteo Bracciali, Vizepräsident von ACLI. Er hält die Ausgaben im direkten Vergleich zu den russischen Investitionen für viel zu hoch. Denn diese lagen 2025 bei 240 Mrd. Euro. Russland, das mehrere Kriege führt und einen Invasionskrieg gegen einen Flächenstaat fährt, gibt also rund 100 Mrd. Euro weniger für sein Militär aus als die EU.

Bracciali befürchtet, dass besonders das nationale Aufrüsten der EU-Mitgliedsstaaten die soziale Säule der EU gefährde. Einzelne Länder gäben dadurch weniger für soziale Leistungen aus, wohingegen eine gesamteuropäische Armee die Mitglieder entlasten würde, absolut gesehen kostengünstiger wäre und Mittel für eben solche sozialen Leistungen freiräumen könnte. Einige Politiker, wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der spanische Präsident Pedro Sánchez, gehören zu den Unterstützern dieser Idee. Neu ist sie allerdings nicht.

„WIR HABEN MENSCHEN IN IHREM ALLTAG BESUCHT UND FESTGESTELLT, DASS SIE UNTERSTÜTZUNG IN FRIEDENSVERHALTEN BRAUCHEN. ICH GLAUBE, DASS WIR DADURCH ZU EINER FRIEDLICHEREN POLITIK BEITRAGEN KÖNNEN.“

Bereits in den 50ern arbeiteten Länder an einer solchen Lösung. Unter dem Titel „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (kurz: EVG) sollten Frankreich, Italien, Deutschland und die Benelux-Länder Kontingente für Streitkräfte unter gemeinsames Kommando eines gemeinsamen Verteidigungsministeriums stellen. Bekanntermaßen kam es nie dazu. Unter anderem weil Frankreich – das zunächst die Idee aus der Taufe gehoben hatte – letztlich zu große Bedenken hatte, die eigene militärische Souveränität zugunsten einer überstaatlichen Organisation zu begrenzen. Bis heute ging die Rüstungskoooperation nicht über die Produktion des Eurofighters hinaus. Es ist aber nicht nur der finanzielle Aspekt, der Matteo Bracciali bei der Debatte um eine europäische Aufrüstung Sorge bereitet: „Ich glaube, wir erschaffen gerade ein neues Europa mit anderen Werten als die, für die wir in den vergangenen 80 Jahren gestanden haben.“ Er meint, dass eine übermäßige Aufrüstung der EU als Friedensunion entgegenstehe.

Gemäß dem Zitat von Papst Leo XIV „Wenn du Frieden willst, schaffe Institutionen des Friedens“ hat es sich ACLI zur Aufgabe gemacht, für eben

jenen Frieden zu werben. 2025 hat die Organisation den Caravan of Peace ins Leben gerufen. Eine mobile Info-Station, die fast ein halbes Jahr durch Italien gefahren ist und insgesamt 78 Stopps eingelegt hat: in Schulen, Gefängnissen, Agrarbetrieben, uvm. „Wir haben Menschen in ihrem Alltag besucht und festgestellt, dass sie Unterstützung in Friedensverhalten brauchen. Ich glaube, dass wir dadurch zu einer friedlicheren Politik beitragen können“, ist Matteo Bracciali überzeugt. Er glaubt, so den Menschen ein vielfältigeres Bild von Frieden, Sicherheit und Aufrüstung zu vermitteln, was sich in der Politik niederschlagen könnte. Aber auch Abgeordnete des EU-Parlaments in Straßburg sind mit dem Caravan of Peace in Kontakt gekommen. Sie haben ein Manifest von ACLI erhalten. Darin stehen sieben Vorschläge, die zu mehr Frieden beitragen sollen. Ob Punkte des Manifests umgesetzt werden, wird die Zeit zeigen. So lange möchte Matteo Bracciali aber nicht warten. ACLI setzt seine Projekte auch 2026 fort, in der Hoffnung, dass sich die EU auf ihre Rolle als Friedensunion besinnt und diplomatischere Wege bestreitet. Bezogen auf die eigene Diplomatie, aber auch auf mögliche Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland.



POLITIKEXPERTIN ANNEGRET BENDIEK

Mehr Informationen zu ACLIs Manifest, der geopolitischen Lage Europas sowie ein Deep Dive in Nan Tians Studie finden Sie im Podcast **“We Work Europe”**. Annegret Bendiek vom Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit spricht u.a. über die Stärken und Schwächen der EU im Kontext von Entscheidungen. Um die Folgen anzuhören, scannen Sie einfach den QR-Code oder besuchen Sie die folgende Website: we-work-europe.podigee.io.

PSYCHISCHE GESUNDHEIT IN KRIEGSGEBIETEN

Ein Gespräch mit der Psychologin Eleanor Hitchman vom IKRK



EINE SITZUNG ZUR PSYCHISCHEN GESUNDHEIT UND PSYCHOSOZIALEN UNTERSTÜTZUNG DES IKRK [2023/IKRK]

INTERVIEW: Ralph Würschinger
FOTOS: IKRK

Seit einigen Jahren gehören Begriffe wie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (Work-Life Balance), Sabbatjahr und Burnout zu unserem Arbeitsleben. Wir sprechen immer offener über unsere psychische Verfassung. Diese Debatten führen wir jedoch aus einer privilegierten Situation heraus, denn nicht überall herrscht Frieden. Bewaffnete Konflikte beschränken sich nicht auf den Globalen Süden; sie werden auch an den Außengrenzen der EU geführt. Dort ist die Frage nach der psychischen Gesundheit vielleicht noch dringender als hier. Wie bewältigen die Arbeitnehmenden dort ihren Alltag? Ist es überhaupt möglich, unter diesen Bedingungen einer geregelten Arbeit nachzugehen? Und wie wirkt sich diese Lage auf die eigene seelische Verfassung aus?

Wir haben mit Eleanor Hitchman gesprochen. Sie arbeitet als Psychologin für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und leitet Programme für psychische Gesundheit in Kiew, Ukraine.

EZA: Frau Hitchman, inzwischen gilt in der Ukraine seit mehreren Jahren das Kriegsrecht. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Arbeitsbedingungen in vielen Sektoren: Überstunden, Ausfall von Feiertagen, keine Entgelterhöhungen etc. Wie wirkt sich das auf die psychische Verfassung der Arbeitnehmer:innen aus?

Eleanor Hitchman: Wenn man an vorderster Front arbeitet, insbesondere in einem bewaffneten Konflikt, sind die Bedingungen natürlich sehr belastend. Wenn Menschen keine Zeit haben, um sich auszuruhen und zu erholen, sehen wir, dass sie ziemlich ausgebrannt sind. Durch die Luftangriffe leiden alle unter Schlafproblemen. Das kann die Fähigkeit beeinträchtigen, seiner Arbeit nachzugehen, und sich auf die Lebensweise auswirken.

EZA: Haben Sie Kontakt zu Arbeitgebern in der Ukraine? Versuchen Sie, sie für diese Risiken zu sensibilisieren und die Arbeitsbedingungen zu verbessern?

Eleanor Hitchman: Wir erhalten oft Anfragen nach psychologischer oder psychosozialer Unterstützung für die Mitarbeiter:innen von Versorgungsunternehmen oder des Gesundheitswesens – also diejenigen, die regelmäßig auf Notlagen reagieren, seien sie medizinischer Art oder bei der Reparatur kritischer Infrastruktur. Die Anfragen erreichen uns über unsere Kolleg:innen, die diese Einrichtungen mit technischer oder materieller Hilfe unterstützen, wie zum Beispiel durch Spenden medizinischer Güter an ein Krankenhaus. Bei diesen Beschäftigten arbeiten wir mit dem Ukrainischen Roten Kreuz zusammen und stärken dessen Kapazitäten, da seine Mitarbeiter:innen und Freiwilligen vor Ort Aufklärung zu psychologischen Themen leisten können.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Arbeitsbedingungen als solche zu verbessern, aber die psychische Gesundheit der Ersthelfer:innen ist eine große Herausforderung. Dies liegt unter anderem daran, dass es nicht genügend Personal gibt, um den seit 2022 drastisch gestiegenen Bedarf an psychologischer Unterstützung zu decken. Manchmal schi-

cken Organisationen ihre Mitarbeitenden zu den von uns angebotenen Maßnahmen.

Heißt das, dass psychische Probleme sich wie von Zauberhand lösen? Das denke ich ehrlich gesagt nicht. Und das liegt nicht unbedingt daran, dass die Arbeitgeber:innen ihren Mitarbeiter:innen nicht helfen möchten, sondern vielleicht können sie es aufgrund verschiedener Faktoren nicht – wie Personalmangel oder einfach deswegen, was der Beruf mit sich bringt. Bei zu vielen Schichten und zu wenig Arbeitskräften ist es womöglich schwieriger, regelmäßig freie Tage einzuplanen. Die Beschäftigten leiden dann unter Erschöpfung und stehen gleichzeitig unter erhöhtem Leistungsdruck. Außerdem kann diese Art der Arbeit in einem Konfliktgebiet emotional enorm belastend sein, da man viel mehr traumatischen Erlebnissen als üblicherweise ausgesetzt ist.

EZA: Wie sehen Sie den Bedarf der Bevölkerung an psychologischen Angeboten?

Eleanor Hitchman: Bei der psychischen Gesundheit hat die Ukraine immer noch einen recht traditionellen Ansatz, mit Überbleibseln eines eher sowjetisch geprägten Systems. Das heißt, dass psychische Probleme mit einem Stigma behaftet waren. Früher gab es nur sehr wenig Zugang zu solchen Angeboten, weil sie unterfinanziert waren. Die psychologische Behandlung war stark psychiatrisch ausgerichtet. Vor Ausbruch des Konflikts befand sich die Ukraine mitten in einem Reformprozess, der ein integriertes, mehrstufiges Modell für psychische Gesundheitsdienste einführen sollte. Aber seit 2022 ist der Bedarf so enorm gestiegen, dass die Reformen stocken. Die Eskalation des bewaffneten Konflikts hat das Bewusstsein für die psychische Gesundheit geschärft. Es ist ein besonderes Anliegen von Olena Selenska (die „First Lady“ der Ukraine), den Zugang zu psychischer Gesundheitsversorgung zu erleichtern und sie bürgernäher und erreichbarer zu machen. Wenn vor Ort qualifizierte Angebote für psychische Gesundheit verfügbar sind – anstatt überwiegend in Krankenhäusern –, sind sie für mehr Menschen zugänglich.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) leistet seit 2014 Hilfe in der Ukraine. Es versorgt die Bevölkerung mit Hilfsgütern, beliefert Krankenhäuser und hilft beim Wiederaufbau. Nach Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Jahr 2022 hat die Organisation ihre Aktivitäten ausgeweitet. Derzeit sind mehr als 750 Mitarbeiter:innen des IKRK im Land über mehrere Städte verteilt im Einsatz.

EZA: Sind dank der erwähnten Reformen ausreichend Psycholog:innen verfügbar, um psychische Probleme angemessen zu behandeln?

Eleanor Hitchman: In der Ukraine ist die Psychologie als Berufsstand noch relativ neu, weshalb es noch nicht viele qualifizierte Psycholog:innen gibt. Um dieses Defizit zu beheben, hat das Gesundheitsministerium einige Fortbildungen für Psycholog:innen durchgeführt. Wie man sich vorstellen kann, unterscheiden sich die psychischen Bedürfnisse der Menschen in Friedenszeiten und in Zeiten bewaffneter Konflikte und erfordern ganz unterschiedliche Kompetenzen. Natürlich werden auch Psycholog:innen zur Betreuung der Streitkräfte herangezogen. Dadurch sind weniger von ihnen für die Arbeit mit der Zivilbevölkerung verfügbar.

EZA: Was können Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, selbst tun? Wie können sie resilienter werden?

Eleanor Hitchman: Wenn ich ehrlich bin, mag ich das Wort ‚resilient‘ nicht sonderlich, wenn man über Menschen spricht, die unter solchen Bedingungen leben müssen. Ist man etwa nicht resilient genug, wenn man in der Situation nicht zurechtkommt? Geht es um Resilienz oder ums nackte Überleben? Man hat schließlich keine Wahl. Die Menschen müssen in dieser schwierigen Lage bestmöglich klarkommen. Ich denke, es geht eher darum, die Situation etwas weniger schlimm zu machen. Wir können den Kompetenzaufbau für die psychosoziale Arbeit in bewaffneten Konflikten unterstützen. Wir können versuchen, Psychoedukation, also Aufklärungsarbeit über psychische Erkrankungen, zu leisten und den Menschen Strategien oder Techniken vermitteln, damit besser umzugehen, aber das ist von Mensch zu Mensch verschieden.

EZA: Wie darf man sich das vorstellen?

Eleanor Hitchman: Das Problem mit Bewältigungsstrategien ist, dass man leicht kluge Ratschläge erteilen und sagen kann: Mach Yoga, geh mit dem Hund Gassi und ruf deine

Freunde an. Aber jeder Mensch ist anders. Wenn du deine Freunde anrufst und dann nur über die Situation redest, oder wenn du Zeit mit deiner Familie verbringst und sie immer über den Konflikt sprechen wollen, dann ist das vielleicht nicht das Richtige für dich. Viele der Dinge, die Menschen in Friedenszeiten unternommen haben, um das Leben und Stress zu bewältigen, sind vielleicht nicht mehr möglich, weil sie inmitten eines bewaffneten Konflikts leben. Es gibt eine Ausgangssperre, manche dürfen das Land nicht verlassen, Gemeinschaften sind zerbrochen, Menschen wurden vertrieben oder Angehörige sind ins Ausland geflüchtet. Es gibt leider keine einfache Lösung oder ein paar simple Dinge, die man tun kann, damit alles besser wird, denn die erlebte Realität ist de facto schwierig. Die Arbeitnehmer:innen müssen Strategien finden, die für sie in ihrer konkreten Situation funktionieren. Sie mögen ihnen ein wenig helfen, jeden Tag zu überstehen und zurechtzukommen, aber deswegen ist es noch keine hundertprozentige Lösung.

EZA: Bieten Sie ein Programm an, das besonders gut funktioniert, auch wenn es keine Patentlösung gibt?

Eleanor Hitchman: Ich würde sagen, ich bin auf alle unsere Programme stolz, weil sie sehr wirksam sind. Aber das Programm, das wir für die Familien der im Kampfeinsatz Vermissten durchführen, stößt bei den Teilnehmenden auf sehr positive Resonanz (Anmerkung der Redaktion: Derzeit gelten laut ukrainischen Behörden mehr als 70.000 Menschen in der Ukraine als vermisst). Diese Menschen sind berufstätig, und wenn wir ihnen helfen können, mit den Widrigkeiten und dem Leid umzugehen, die durch die Ungewissheit entstehen, was ihren Angehörigen widerfahren ist, können sie ihrem Alltag und ihrer Arbeit nachgehen und ihr Familienleben fortführen.

Wir beobachten, dass die Teilnehmenden auch außerhalb der Gruppe Kontakt halten und so ein starkes Unterstützungsnetzwerk bilden. Und wir wissen, dass sozialer Rückhalt ein sehr wichtiger Präventionsfaktor für psychische Probleme ist.

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, wie die ukrainische Gewerkschaft VOST „VOLYA“ ihre Mitglieder unterstützt, lesen Sie den Artikel auf S. 7.

Weitere Informationen zum Programm des IKRK für Familien, die in Ungewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen leben, finden Sie unter diesem Link: <https://www.icrc.org/en/article/ukraine-supporting-families-living-uncertainty>



VON HERAUSFORDERUNGEN ZU KONKRETEM HANDELN: FESTLEGUNG KÜNFTIGER PRIORITÄTEN FÜR ARBEITNEHMERORGANISATIONEN IN BEITRITTSSTAATEN

TEXT: Ljuban Bulić

Wie können Arbeitnehmerorganisationen in den EU-Beitrittskandidatenländern in Zeiten raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandels ihre Rolle stärken? Diese Frage stand im Mittelpunkt des abschließenden Perspektiven-Seminars, das EZA zusammen mit dem Gewerkschaftsverband PODKREPA abhielt. Das Seminar fand im Rahmen des EZA-Sonderprojekts für Arbeitnehmerorganisationen der EU-Beitrittskandidaten vom 2. bis 4. Februar 2026 in Deutschland statt. Tagungsort war das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK), das nicht nur Mitgliedsorganisation, sondern auch Entstehungsort von EZA ist. Dies bot den Teilnehmenden, unter denen auch neue Partner aus den Westbalkanstaaten waren, die Möglichkeit, mehr über die Wurzeln von EZA zu erfahren und die Geschäftsstelle zu besuchen.

Hauptaugenmerk des Seminars war der praktische Austausch. Der Kernteil war der erste Tag, der voll und ganz interaktiven Workshops gewidmet war, um die realen Bedürfnisse von Arbeitnehmerorganisationen aus der Region zu ermitteln. Unter Leitung der erfahrenen Moderatorin Lucy Chambers entstand in den Workshops ein offener und inklusiver Raum für Gespräche zwischen Teilnehmenden verschiedener Länder mit unterschiedlichen Sprachen. In einem strukturierten Prozess erfassten die Teilnehmenden zunächst ihre größten Herausforderungen, übersetzten diese dann in konkrete Bedürfnisse im Bereich des Kapazitätsaufbaus und entwickelten auf dieser Grundlage Vorschläge für ihr künftiges Handeln.

Durch diesen Prozess wurden sechs Schwerpunktbereiche herausgearbeitet, die gemeinsame Themen der Beitrittskandidaten widerspiegeln: Umgang mit digitalen Technologien und KI, Bekämpfung von Mobbing und Stärkung der Integrität, Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads, Verbesserung des öffentlichen Ansehens und der Kommunikation, Einbindung junger Menschen sowie Ausbau der Verhandlungskompetenz. Bei den Workshops wurden nicht nur Herausforderungen ermittelt, sondern auch praktische Ideen entwickelt, wie die Notwendigkeit regionaler Schulungsprogramme, die stärkere Nutzung digitaler Tools, gezielte Ansätze zur Einbindung junger Menschen sowie interaktivere Lernformate, z. B. Simulationen und Studienbesuche. Diese Ergebnisse werden direkt in die künftige Ausrichtung des EZA-Sonderprojekts und dessen Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau einfließen.

Während der erste Tag im Zeichen der Praxis stand, wurden die Themen am zweiten Tag in einem breiteren europäischen Kontext betrachtet. Nermin Oruč, Forschungsleiter am Zentrum für Entwicklungsbewertung und sozialwissenschaftliche Forschung (Bosnien und Herzegowina), gab zu Beginn einen Überblick über die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR) im Westbalkan. In seiner Analyse wies er auf allmähliche Fortschritte bei Beschäftigung und Bildung hin, aber auch auf anhaltende strukturelle Defizite, wie informelle Beschäftigung, fehlende Übereinstimmung zwischen den Kompetenzen der Arbeitnehmenden und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie schwache institutionelle Kapazitäten. Christophe Galand ergänzte als Leiter des Referats für den Westbalkan bei der Europäischen Kommission (GD ENEST) die Analyse und schilderte den EU-Wachstumsplan für den Westbalkan aus Sicht der Europäischen Kommission. Er erläuterte dessen strategische Bedeutung für den Erweiterungsprozess und seine Rolle bei der Beschleunigung von Reformen und der wirtschaftlichen Konvergenz.

Im Anschluss daran stellte Stefan Ristovski, wissenschaftlicher Mitarbeiter am European Policy Institute (Nordmazedonien), in seinem Vortrag zum „Reform and Growth Monitor“ eine kritischere Betrachtung vor. Er hob hervor, dass die Umsetzung in den einzelnen Ländern nicht einheitlich erfolge und ein wesentliches Defizit bestehe: Die Arbeitnehmerorganisationen würden immer noch nicht ausreichend in die Gestaltung von Reformprozessen einbezogen. Die Teilnehmenden unterstützten diese Einschätzung, was zu einer umfassenderen Diskussion über die Rolle der Arbeitnehmenden bei laufenden Reformen führte.

Eine Hauptbotschaft des Seminars war, dass Arbeitnehmende bei Reformen oft als passive Stellglieder und nicht als Partner betrachtet werden, die bei deren Ausgestaltung aktiv mitwirken können. Die Stärkung des sozialen Dialogs ist daher wichtig, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung und Ökologisierung, die sich unmittelbar auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen auswirken. Das Seminar endete mit einer klaren Aussage: Wirtschaftliche Konvergenz muss mit sozialem Fortschritt einhergehen, und die Stärkung der Arbeitnehmerorganisationen ist entscheidend, um faire und nachhaltige Ergebnisse zu erzielen.

EZA NEWS

ZWEI NEUE MITGLIEDER AUS NORDMAZEDONIEN

Wir freuen uns, gleich zwei neue Mitglieder in unserem Netzwerk begrüßen zu dürfen: Beide neuen Organisationen stammen aus Nordmazedonien und stärken damit die regionale Vielfalt und europäische Zusammenarbeit.



Die **Confederation of Free Trade Unions of Macedonia (KSS)** ist eine unabhängige und demokratisch organisierte Gewerkschaftskonföderation, die sich für die Rechte und Interessen von Arbeitnehmer:innen einsetzt. Sie vereint mehrere Branchengewerkschaften und vertritt ihre Mitglieder gegenüber staatlichen Institutionen sowie Arbeitgebern. KSS ist eine repräsentative Gewerkschaftsorganisation auf nationaler Ebene sowie im öffentlichen Sektor in Nordmazedonien. Auf dieser Grundlage beteiligt sie sich an der Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrates und ist Unterzeichnerin des Allgemeinen Kollektivvertrags für den öffentlichen Sektor. Ein

zentraler Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Förderung des sozialen Dialogs, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen und der Stärkung von Arbeitnehmer:innenrechten. Darüber hinaus engagiert sich die KSS aktiv in der Ausarbeitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und setzt sich für faire Löhne sowie soziale Sicherheit ein. Auch Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Beschäftigte gehören zu ihrem Tätigkeitsfeld. Durch ihre Arbeit leistet die KSS einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung einer sozialen und gerechten Arbeitsgesellschaft.



Die **Union of Financial Institution Workers of Macedonia (SFOM)** vertritt insbesondere die Interessen der Beschäftigten im Finanzsektor in Nordmazedonien. Als branchenspezifische Gewerkschaft setzt sie sich gezielt für faire Arbeitsbedingungen, angemessene Entlohnung und die Wahrung von Arbeitnehmer:innenrechten in Banken und Finanzinstitutionen ein. Ein besonderer Fokus liegt auf der Förderung des sozialen Dialogs innerhalb der Branche sowie auf der Unterstützung ihrer Mitglieder in arbeitsrechtlichen Fragen. Darüber hinaus engagiert sich die SFOM in

der Weiterbildung und Information von Beschäftigten, um deren berufliche Entwicklung zu stärken. Die Organisation trägt dazu bei, die Stimme der Arbeitnehmer:innen im Finanzsektor sichtbar zu machen und deren Anliegen wirksam zu vertreten. Durch ihre spezialisierte Expertise ergänzt sie das EZA-Netzwerk um eine wichtige Perspektive aus einem zentralen Wirtschaftsbereich. Wir freuen uns auf den Austausch und die zukünftige Zusammenarbeit.

Herzlich willkommen im EZA-Netzwerk!



MAGAZINE



WE WORK EUROPE

Das EZA-MAGAZINE für Ihre Ohren

Ab sofort können Sie den neuen **We Work Europe-Podcast** von EZA kostenlos auf Ihrem Smartphone oder PC anhören. Bequem von zu Hause aus oder von unterwegs. Künftig werden pro EZA-MAGAZINE drei Episoden veröffentlicht, die auf allen Podcast-Plattformen erscheinen.

Für **We Work Europe** reisen wir durch ganz Europa und treffen Mitgliedszentren sowie Expert:innen im Bereich Arbeitnehmerfragen, diskutieren aktuelle Ereignisse und werfen einen Blick auf Entwicklungen im sozialen Dialog und in der europäischen Sozialpolitik.

We Work Europe ist eine Produktion von Escucha - Kultur fürs Ohr im Auftrag von EZA. Sie finden den Podcast auf allen gängigen Plattformen: Apple Podcasts, Audible, Google Podcasts, Spotify und auf vielen anderen Podcatchern. Hinterlassen Sie uns gerne eine Bewertung und empfehlen Sie den Podcast weiter! Scannen Sie den Code mit Ihrem Smartphone und gehen Sie direkt auf die Plattform Ihrer Wahl!



IMPRESSUM

Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Sigrid Schraml, Ralph Würschinger (verantwortlicher Redakteur), Sergio de la Parra, Ljuban Bulić

Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling
wunderling.myportfolio.com

Fotos & Illustrationen

Katrin Brüggem, Ralph Würschinger, freepik, IKRK

Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben



Finanziert von der Europäischen Union